Stand: 15.12.2025 13:03:44

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/14272

"Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neu-fassung) COM (2016) 590 final BR-Drs. 612/16"

Vorgangsverlauf:

- 1. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14272 des BU vom 08.11.2016
- 2. Beschluss des Plenums 17/14357 vom 22.11.2016
- 3. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 22.11.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

08.11.2016 Drucksache 17/14272

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) COM (2016) 591 final BR-Drs. 599/16

und

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung)

COM (2016) 590 final BR-Drs. 612/16

I. Beschlussempfehlung:

Im Verfahren zur Überprüfung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bei Gesetzgebungsakten der Europäischen Union gibt der Landtag folgende Stellungnahme ab:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) COM (2016) 591 final und den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) COM (2016) 590 final Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert darauf hin zu wirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission greifen unnötig in nationale Hoheitsrechte ein und verstoßen daher gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Es besteht keine ausschließliche Kompetenz der EU zur Regelung. Einschlägige Rechtsgrundlage für die Rechtsaktvorschläge ist Art. 114 AEUV, da sie auf die Verwirklichung des Binnenmarkts für elektronische Kommunikation und dessen Funktionsfähigkeit ausgerichtet sind.

Die mit den Rechtsaktvorschlägen verfolgten Ziele können auf nationaler sowie regionaler Ebene ausreichend verwirklicht werden, ein Tätigwerden der EU ist daher nicht erforderlich. Die bisherigen Strukturen der Frequenzverwaltung haben sich bewährt. Deutschland ist in vielen der in den Verordnungsvorschlägen angesprochenen Punkte führend (insb. LTE-Ausbau).

Die mit den Rechtsaktvorschlägen verfolgten Ziele können auf Unionsebene auch nicht besser verwirklicht werden. Mit ihren Vorschlägen will die Europäische Kommission den bisherigen Verbund der nationalen Regulierungsbehörden in Form einer Agentur mit eigener Rechtspersönlichkeit auf EU-Ebene zentralisieren. Gleichzeitig sollen die Aufgaben der Frequenzverwaltung und - regulierung von den Mitgliedstaaten auf EU-Ebene übertragen werden. Die in dem Vorschlag definierten Prozesse würden der Europäischen Kommission die Durchsetzung einer permanenten, annähernd ministeriellen Rechts- und Fachaufsicht über die Mitgliedstaaten erlauben. Eine solche Zentralisierung der Telekommunikations- und Frequenzverwaltung brächte keine Vorteile gegenüber dem bestehenden System. Den angeführten Vorteilen einer zentralen Koordination (genannt werden pauschal "Harmonisierung", "Vereinheitlichung", "Kohärenz") stehen aufwändige, bürokratische und zeitintensive Abstimmungsrunden durch die Zwischenschaltung neuer Institutionen gegenüber, die den Fortschritt in Wirklichkeit verlangsamen und auf ein Mittelmaß des EU-Durchschnitts herabziehen würden. Bei Umsetzung des Vorschlags würde das hohe deutsche Niveau gravierend abgesenkt werden.

Die Rechtsaktvorschläge verstoßen schließlich auch gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Die Implementierung aufwändiger Abstimmungsprozesse zwischen den nationalen Regulierungsbehörden und der GEREK ("Peer Review", s.o.)

hätte eine Bürokratisierung und Verlangsamung bewährter und effizienter Verwaltungsverfahren zur Folge. Diesem erheblichen Mehraufwand steht kein erkennbarer Nutzen gegenüber.

Berichterstatter: Alex Dorow
Mitberichterstatter: Dr. Linus Förster

II. Bericht:

- Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat sich mit dem Thema befasst, weitere Ausschüsse haben sich nicht daran beteiligt.
- Der federführende Ausschuss hat die Subsidiaritätsangelegenheit in seiner 50. Sitzung am 08. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Enthaltung

Zustimmung zu der Beschlussempfehlung

in I. empfohlen.

Dr. Franz Rieger

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

22.11.2016 Drucksache 17/14357

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) COM (2016) 591 final BR-Drs. 599/16

und

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung)
COM (2016) 590 final
BR-Drs. 612/16

Drs. 17/**14272**

Drs. 1//**142/2**

Im Verfahren zur Überprüfung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips bei Gesetzgebungsakten der Europäischen Union gibt der Landtag folgende Stellungnahme ab:

Der Landtag stellt fest, dass gegen den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) COM (2016) 591 final und den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) COM (2016) 590 final Subsidiaritätsbedenken bestehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Die Vorschläge der Europäischen Kommission greifen unnötig in nationale Hoheitsrechte ein und verstoßen daher gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Es besteht keine ausschließliche Kompetenz der EU zur Regelung. Einschlägige Rechtsgrundlage für die Rechtsaktvorschläge ist Art. 114 AEUV, da sie auf die Verwirklichung des Binnenmarkts für elektronische Kommunikation und dessen Funktionsfähigkeit ausgerichtet sind.

Die mit den Rechtsaktvorschlägen verfolgten Ziele können auf nationaler sowie regionaler Ebene ausreichend verwirklicht werden, ein Tätigwerden der EU ist daher nicht erforderlich. Die bisherigen Strukturen der Frequenzverwaltung haben sich bewährt. Deutschland ist in vielen der in den Verordnungsvorschlägen angesprochenen Punkte führend (insb. LTE-Ausbau).

Die mit den Rechtsaktvorschlägen verfolgten Ziele können auf Unionsebene auch nicht besser verwirklicht werden. Mit ihren Vorschlägen will die Europäische Kommission den bisherigen Verbund der nationalen Regulierungsbehörden in Form einer Agentur mit eigener Rechtspersönlichkeit auf EU-Ebene zentralisieren. Gleichzeitig sollen die Aufgaben der Frequenzverwaltung und -regulierung von den Mitgliedstaaten auf EU-Ebene übertragen werden. Die in dem Vorschlag definierten Prozesse würden der Europäischen Kommission die Durchsetzung einer permanenten, annähernd ministeriellen Rechts- und Fachaufsicht über die Mitgliedstaaten erlauben. Eine solche Zentralisierung der Telekommunikations- und Frequenzverwaltung brächte keine Vorteile gegenüber dem bestehenden System. Den angeführten Vorteilen einer zentralen Koordination (genannt werden pauschal "Harmonisierung", "Vereinheitlichung", "Kohärenz") stehen aufwändige, bürokratische und zeitintensive Abstimmungsrunden durch die Zwischenschaltung neuer Institutionen gegenüber, die den Fortschritt in Wirklichkeit verlangsamen und auf ein Mittelmaß des EU-Durchschnitts herabziehen würden. Bei Umsetzung des Vorschlags würde das hohe deutsche Niveau gravierend abgesenkt werden.

Die Rechtsaktvorschläge verstoßen schließlich auch gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Die Implementierung aufwändiger Abstimmungsprozesse

zwischen den nationalen Regulierungsbehörden und der GEREK ("Peer Review", s.o.) hätte eine Bürokratisierung und Verlangsamung bewährter und effiziengegenüber.

ter Verwaltungsverfahren zur Folge. Diesem erheblichen Mehraufwand steht kein erkennbarer Nutzen gegenüber.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat in seiner Sitzung am 8. November den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation und den Vorschlag für eine Richtlinie über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation beraten und bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festgestellt, dass hiergegen Subsidiaritätsbedenken bestehen, und beschlossen, die Staatsregierung aufzufordern, darauf hinzuwirken, dass die Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrates finden. Der Bundesrat wird die Angelegenheit in seiner Sitzung diesen Freitag beraten. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/14272. Die Subsidiaritätsangelegenheit ist in der Ihnen vorliegenden Liste an Nummer 1 aufgeführt.

Außerdem möchte ich auf die Nummer 29 der Liste verweisen. In Abstimmung mit den Fraktionen wird das Antragsbegehren dahin gehend konkretisiert, dass die Staatsregierung aufgefordert wird, ihren staatlichen Brauereien die Herstellung von Bio-Biersorten zu empfehlen und dem Landtag zu berichten.

(...)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen damit zur Abstimmung über die Liste. – Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, sonst fahre ich in der Tagesordnung nicht fort.

(Unruhe)

Ich sage zum letzten Mal: Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Wir kommen also jetzt zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktion verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

zur 87. Vollsitzung am 22. November 2016

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Gremiums europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK)

COM (2016) 591 final

BR-Drs. 599/16

und

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation (Neufassung) COM (2016) 590 final

BR-Drs. 612/16

Drs. 17/14272 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

Λ	nt		
		α	

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Petra Guttenberger,
Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)
Verbesserung des Versicherungsschutzes für Hochwasserschäden
Drs. 17/12147, 17/13967 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD Investitionsförderung für Krankenhäuser verbessern Drs. 17/12272, 17/14294 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Erwin Huber, Eberhard Rotter, Karl Freller u.a. CSU Elektromobilität in Bayern vorantreiben – E-Busse im ÖPNV fördern Drs. 17/12421, 17/14291 (ENTH)

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum "Zustimmung" zugrunde zu legen.

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Wildunfälle verhindern!

Drs. 17/12422, 17/13979 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

6.	Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Florian Ritter, Kathi Petersen u.a. SPD Bürgerinitiative "Ein Prozent für unser Land" – Verbindungen zu neurechte Gruppierungen Pegida und Identitäre Bewegung? Drs. 17/12424, 17/13978 (E)			urechten	
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
7.	Antrag der Abgeordner Jürgen Baumgärtner u Suchtprävention bei Ju Datengrundlage für die Drs. 17/12445, 17/139	.a. CSU ugendlichen – e Arbeit vor Ort schaffe		äblein,	
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		A		A	
8.	Antrag der Abgeordner Gudrun Brendel-Fische Nährstoffgehalt im Bod Wassereinleitung in hö Drs. 17/12533, 17/141	er u.a. CSU densee – ohere Wasserschichter			
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		A		Z	
9.	Antrag der Abgeordne Johann Häusler u.a. un Altersarmut in der Land Drs. 17/12565, 17/143	nd Fraktion (FREIE W <i>i</i> dwirtschaft vorbeugen			
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

10.	 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Agrarmarketing vorantreiben Drs. 17/12566, 17/14306 (A) 			
	Votum des federführen Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			ENTH
11.	Antrag der Abgeordnet Florian von Brunn u.a. Runder Tisch zu illegal Erarbeitung eines deta Drs. 17/12602, 17/1413	SPD len Welpentransporter illierten Ablaufplans		
	Votum des federführer Umwelt und Verbrauch			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	
12.	Dringlichkeitsantrag de Gudrun Brendel-Fische Stellenabbau beim Zig sozialverträglich gestal Arbeitnehmer schaffen Drs. 17/12615, 17/1429	er, Karl Freller u.a. und arettenhersteller Britis Iten – Neue Perspektiv	d Fraktion (CSU) h American Tobacco ir	
	Votum des federführen Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
13.	Dringlichkeitsantrag de Dr. Christoph Rabensto Stellenabbau bei BAT Arbeitsplätze erhalten, Drs. 17/12616, 17/1429	ein, Klaus Adelt u.a. u (British American Toba Perspektiven eröffner	nd Fraktion (SPD) acco) in Bayreuth -	ıle erschließer
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

14.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) BAT: Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer und die Stadt Bayreuth zielführend unterstützen Drs. 17/12617, 17/14295 (E)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	I Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
15.	Dringlichkeitsantrag de Martin Stümpfig u.a. ur Landesentwicklung in I Drs. 17/12621, 17/142	nd Fraktion (BÜNDNIS Bayern – ökologisch, a	90/DIE GRÜNEN)	artmann,
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	
16.	Antrag der Abgeordner Florian von Brunn u.a. Zweckentfremdung von Drs. 17/12622, 17/139 über den Antrag wurd	SPD n Wohnraum stoppen! 77 (A)		mt
17.	Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD Barrierefreiheit in bayerischen Krankenhäusern voranbringen Drs. 17/12623, 17/14296 (A)			
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

18.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) RZWas 2016 nachbessern – Strukturschwachen Kommunen stärker helfen! Drs. 17/12694, 17/14137 (A)
	Votum des federführenden Ausschusses für

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH		Α

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD In der Milchkrise handeln statt "dauergipfeln" – vorübergehende Streichung der Umlage gemäß § 22 des Gesetzes über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) Drs. 17/12711, 17/14305 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mögliche Auswirkungen der Einführung neuer Rechnungslegungsstandards (EPSAS) durch die EU auf Bayern ausleuchten Drs. 17/12921, 17/14298 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

21. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD

Koordinierung und Bündelung der Kompetenzen im Kampf gegen Internetkriminalität

Drs. 17/12980, 17/13976 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

22.	Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Hackerangriffe aus dem Ausland in die polizeiliche Kriminalstatistik aufnehmen Drs. 17/12981, 17/13975 (A)			
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
23.	Antrag der Abgeordner Katharina Schulze u.a. Gegen Hass im Netz: I Internet bekämpfen Drs. 17/12988, 17/139	und Fraktion (BÜNDN Rechtsextreme und ra	NIS 90/DIE GRÜNEN)	ernetzung im
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
24.	. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Wirtschaftsspionage Drs. 17/12990, 17/13973 (E)			
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
25.	Dringlichkeitsantrag de Prof. Dr. Peter Paul Ga Bundeswehreinsatz im Drs. 17/13013, 17/142	antzer, Dr. Paul Wenge Inneren		SPD)
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

zur 87. Vollsitzung am 22. November 2016

26.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
	Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Haushalt klar und ehrlich aufstellen
	Drs. 17/13018, 17/14299 (A)
	. ,

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Keine Militarisierung der Innenpolitik Drs. 17/13025, 17/14290 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Manfred Ländner u.a. und Fraktion (CSU)
 Bericht zum Amokeinsatz im Olympia Einkaufszentrum in München Drs. 17/13032, 17/13972 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29.	Antrag der Abgeordnet Gisela Sengl u.a. und I Biobier beim Staatliche Weihenstephan Drs. 17/13071, 17/1430	Fraktion (BÜNDNIS 90 en Hofbräuhaus und be)/DIE ĞRÜNEN)	
	in folgender Fassung: Die Staatsregierung v München und der Sta Herstellung von Bio-k Rohstoffe zu prüfen,	atsbrauerei Weihens Biersorten unter der '	stephan zu empfehler Verwendung bayerisc	ı, die
	Votum des federführen Staatshaushalt und Fir			
	csu ☑	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ ☑
30.	Antrag der Abgeordnet Christine Kamm u.a. u Läuft der Antidumping- am 11. Dezember 2010 Drs. 17/13076, 17/142	nd Fraktion (BÜNDNIS Schutz vor chinesisch 6 aus?	90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführen Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1
	csu ☑	SPD ☑	FREIE WÄHLER	GRÜ ☑
31.	Antrag der Abgeordnet Harald Güller u.a. SPD Investitionspakt soziale Drs. 17/13086, 17/1430	e Integration im Quartie		
	Votum des federführen Staatshaushalt und Fir			
	CSU ☑	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ ☑
32.	Antrag der Abgeordnet Manfred Ländner u.a. G Sicherheit durch Stärke Drs. 17/13216, 17/139	CSU e – erfolgreiche Bekän		ninalität
	Votum des federführen Kommunale Fragen, In		port	
	CSU ☑	SPD A	FREIE WÄHLER	GRÜ ☑

zur 87. Vollsitzung am 22. November 2016

 Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann, Manfred Ländner u.a. CSU Erfassung von Auslandsstraftaten im Bereich der Internetkriminalität in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) Drs. 17/13217, 17/13970 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD)

Finanzierung des Mindestlohns für wissenschaftliche Hilfskräfte an Hochschulen Drs. 17/5406, 17/14098

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

 Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD Barrierefrei studieren – 2. Schaffung von barrierefreiem Wohnraum Drs. 17/9529, 17/14100

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Verfassungsklage zum Länderfinanzausgleich
 Drs. 17/13017, 17/14301

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.